

Lebensmittelpreise in Österreich: Handel warnt vor staatlichen Eingriffen

Tiroler Lebensmittelhandel warnt vor staatlichen Preiseingriffen und fordert Maßnahmen an den tatsächlichen Ursachen der Teuerung.



Die gesamte Lebensmittel-Wertschöpfungskette – von der Landwirtschaft über Verarbeitung und Logistik bis zum Handel – steht unter massivem Kostendruck. © Unsplash / Jeremiah Lazo

Kostendruck trifft die gesamte Branche

Nicht nur Konsument:innen, auch Landwirtschaft, Fleischereien, Verarbeiter und Händler spüren die steigenden Preise. Energie, Transport, Personal und Rohstoffe treiben die Kosten seit Jahren nach oben. Der **Tiroler Lebensmittelhandel**, in dem rund 1.450 Betriebe mit 15.000 Beschäftigten tätig sind, warnt nun eindringlich vor politischen Schnellschüssen.

Besonders kritisch sehen Unternehmer:innen die jüngsten Vorschläge nach staatlichen Preisdeckeln. **Patricia Sepetavc**, Gremialobfrau des Tiroler Lebensmittelhandels, betont: Die Teuerung lässt sich nur bekämpfen, wenn man an den Ursachen ansetzt nicht an den Symptomen.

Wettbewerbsnachteile für heimische Betriebe

Neben Energie und Personalkosten machen vor allem internationale Rahmenbedingungen den Unternehmen zu schaffen. Lieferbeschränkungen durch große Markenhersteller verhindern oft günstigere Einkäufe im EU-Ausland. Für heimische Händler bedeutet das einen klaren Wettbewerbsnachteil, der letztlich die Preise für Kund:innen erhöht.

Auch **Netzentgelte** und Abgaben darunter die CO₂-Bepreisung verschärfen die Situation zusätzlich. Diese Faktoren wirken lange bevor Produkte im Regal stehen, weshalb bloße Eingriffe in die Endpreise nach Ansicht der Branche ins Leere laufen.

Regionale Strukturen berücksichtigen

In Tirol sind Landwirtschaft und Lebensmittelgewerbe stark regional geprägt. Ausschussmitglied David Mölk verweist auf die Risiken von bundesweiten Pauschallösungen: Wer ohne Rücksicht auf regionale Strukturen entscheidet, kann mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen.

Für bäuerliche Betriebe, Fleischereien und mittelständische Unternehmen sei **Planungssicherheit** zentral. Mölk fordert deshalb langfristige Reformen anstelle von kurzfristigen politischen Ansagen.

Forderung nach nachhaltigen Lösungen

Statt staatlicher Eingriffe in Preise brauche es laut den Branchenvertreter:innen strukturelle Maßnahmen. Dazu zählen faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, Entlastungen bei Energie- und Netzkosten sowie eine Reduktion bürokratischer Belastungen. Nur so könne die Lebensmittelproduktion in Österreich zukunftssicher bleiben.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at